

AbL Statement für die Pressemitteilung

„Agrarökologie statt Agrarkapitalismus“ forderte Ministerpräsident Söder als Perspektive für die bayerische Landwirtschaft vor beinahe einem Jahr.



Es stimmt, das bayerische Kulturlandschaftsprogramm, Investitionsförderung, Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft und das Bayerische Biosiegel werden von Kollegen aus anderen Bundesländern oftmals mit Neid betrachtet.

Kann also Bayern Vorbild für eine Agrarwende in Deutschland sein, wie der Ministerpräsident meinte ?

Oder werden die Auswirkungen des Strukturwandels, erst später sichtbar, weil wir mit den meisten Höfen an den Start dieses des völlig aussichtslosen Wettbewerbs zur Eroberung von Marktanteilen am Weltmarkt gegangen sind ?

Ein Blick in den Agrarbericht zeigt, daß auch in Bayern im Durchschnitt der letzten 10 Jahre, jeden Tag drei Höfe die Tore für immer schließen mussten, und daß die Zahl der Betriebe über 100 Ha stetig zunimmt.

Auch in Bayern gibt es Tierbestände mit 1 500 Milchkühen, mehr als 5 000 Mastschweinen und Hundertausenden von Hähnchen und Enten.

Die Überreste dieses Strukturwandels weiter als „bäuerliche Landwirtschaft“ zu bezeichnen, ist keine Lösung.

Wir brauchen eine wirkliche Agrarwende.

Mit Futtermitteln aus Übersee unter hohen Kosten für Löhne, Umwelt- und Tierwohl-Anforderungen, Milch und Fleisch für Billigmärkte zu produzieren ist keine Perspektive.

Das Siegel „geprüfte Qualität Bayern“ muss mit Inhalt versehen werden. Unsere Kunden wollen nicht nur wissen wo der Stall steht, sondern auch, daß das Futter aus Bayern und nicht aus dem Regenwald kommt.

Das Staatsziel 30 Prozent Biolandwirtschaft ist nur durch eine konsequente Umsetzung des Programms „BioRegio2030“ zu erreichen. Dazu sind Zug um Zug die Bio-Anteile aller öffentlichen Lebensmitteleinkäufe entsprechend zu erhöhen. Eine Gleichsetzung von Bio und Regional ist kontraproduktiv.

Auch in Bayern benachteiligt die EU-Agrarförderung kleinere Betriebe. Laut Agrarbericht bestehen bei Höfen bis 200 Ha 63 % des Gewinns aus EU-Geldern, bei Betrieben bis 30 Ha nur 40 %.

Wir erwarten, daß Bayern seinen Einfluß im Bund und in der EU geltend macht, die Förderkriterien so zu gestalten, daß nicht länger der Grundbesitz, sondern die Art der Bewirtschaftung maßgeblich für die Förderhöhe ist.

Josef Schmid, 1. Vorsitzender AbL-Bayern, 0171-1108148
<https://www.abl-bayern.info/startseite/>

Zum Aktionstag des Agrarbündnis Bayern

Bayern braucht eine neue Agrarpolitik

Statement von Richard Mergner

Ein Blick in die Agrarstatistiken zeigt deutlich, dass der Strukturwandel in Bayern stark zugenommen hat, und Landwirte unter Druck stehen, mehr Fläche zu pachten und ihre Tierhaltung zu vergrößern. In Bayern mussten in den letzten 20 Jahren 50.000 landwirtschaftliche Betriebe ihre Hoftore schließen.

Industrielle Prinzipien, wie Auflösung von Betriebskreisläufen, überregionaler Zukauf von Betriebsmitteln, „Anpassung“ der Tiere an den Stall, statt umgekehrt, und Minimierung des Arbeitsaufwandes finden, wenn auch in verkleinerten Dimensionen, auf bayerischen Bauernhöfen statt. Die Betriebe zehren ihr Eigenkapital auf, und die meisten tierhaltenden Bäuerinnen und Bauern sind weit davon entfernt, den tariflichen Lohn eines Landarbeiters zu erzielen. So ist ein weiterer massiver Strukturwandel zu befürchten, und die Umwelt leidet mit.

Wenn kleine Strukturen zu größeren Flächen zusammengelegt werden, fehlen Randstrukturen, die wertvolle Lebensräume für Feldhase, Rebhuhn und unsere Bienenvielfalt sind.

Wiesen werden oft zum gleichen Zeitpunkt und sehr früh im Jahr gemäht. In der Folge kommen viele Wiesenblumen nicht mehr zum Blühen, und Schmetterlinge und Vögel verlieren ihre Nahrung und ihren Lebensraum.

Nitrat und Pestizidbelastung in Gewässern und Grundwasser haben ihre Ursachen nicht nur, aber vor allem auch in der intensiven Landwirtschaft.

Bäuerliche Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz gelingen nur gemeinsam. Jetzt ist Zeit der Entscheidungen in der europäischen Agrarpolitik, Herr Ministerpräsident! Es muss besser umgesteuert werden, weg vom „Agrarkapitalismus“- das waren ihre Worte im Juli 2020 – hin zur Entlohnung der Leistungen für die Umwelt und den Tierschutz, statt die Milliarde Agrarsubventionen aus Brüssel weiterhin hauptsächlich nach der Flächengröße zu unterstützen.

Eine Agrarwende ist notwendig,

- im Interesse der Landwirte, nichts wäre bauernfeindlicher als ein „Weiter wie bisher“, in Billigproduktion, Weltmarktorientierung und Strukturwandel.
- Im Interesse der Umwelt, denn wir brauchen die Vielfalt auch für unser Überleben
- Im Interesse von uns allen, denn wir sitzen in einem Boot und sind mit unseren Kaufentscheidungen für eine lebenswerte Zukunft mitverantwortlich.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 16.04.2021

Anlage zu PM 037/21 LFG

Landwirtschaft



Pressemitteilung

Berufs- und Erwerbsimker/innen erinnern an das Volksbegehren 2019 «Rettet die Bienen» Zitat des Ministerpräsident Markus Söder: «Wir nehmen den Text des Volksbegehrens eins zu eins an». Was ist daraus geworden?

Notfallzulassung von bienengefährlichen Neonikotinoiden im Zuckerrübenanbau anstatt Pestizidreduktion

Bienen, Hummeln & Co. sind systemrelevant! Systemrelevant für die Bestäubung vieler Lebensmittel wie z.B. Obst und Gemüse.

Die Imkerei- und Landwirtschaftsbetriebe stehen vor grossen zukünftigen Herausforderungen.

Immer noch sterben tausende Bienen einen qualvollen Tod, verursacht durch Pflanzenschutzmittel. Es werden bienengefährliche Pflanzenschutzmittel, deren Zulassung ausgelaufen ist, durch sogenannte Notfallzulassungen immer wieder bewilligt.

Die beiden Insektizide Steward und Sindoxa gelten neuerdings als bienengefährlich. Dies nach Jahren der Anwendung in blühende Pflanzen. Wie sollen die Landwirte und die Berufs- und Erwerbsimker den Zulassungsbehörden noch vertrauen?

Auch die noch in Verhandlungen stehende EFSA-Bienenleitlinie wird von der Pestizidindustrie sowie mehreren Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, abgelehnt. Mit der Begründung: Die Bienenleitlinie sei zu streng.

Grenzwertüberschreitungen im Honig und Völkerverluste durch Pestizide: Die Berufs und Erwerbsimker bleiben auf dem Schaden sitzen.

Wir Berufs- und Erwerbsimker nehmen es nicht mehr hin, dass die Interessen der Pestizidindustrie wichtiger sind, als der Schutz unserer Bienen und der Erhalt unserer Familienbetriebe.

Kein Landwirt will vorsätzlich Bienen töten! Unsere Existenzen stehen auf dem Spiel! Wir fordern **einen verlässlich funktionierenden Bienenschutz!** Dieser gibt uns Berufs- und Erwerbsimkern sowie den Landwirten Sicherheit.

Agrarwende jetzt! Fördergelder nur noch für insektenfreundliche und klimaschonende Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und für den Erhalt der Bauernhöfe!

Annette Seehaus-Arnold

Präsidentin Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V.

Deutscher Tierschutzbund Landesverband Bayern e.V.



Deutscher Tierschutzbund
Landesverband Bayern e.V.
Postfach 1106
84122 Dingolfing
Geschäftsstelle: 01159/06354520
www.tierschutz-bayern.de
geschaefsstelle@tierschutz-bayern.de

Die Agrarwende ist überfällig

Der Tierschutz ist seit 2002 als Staatsziel im Grundgesetz und seit 1998 auch in der Bayerischen in Verfassung verankert: "Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt". Dieser Grundsatz und das Tierschutzgesetz müssen endlich auch für alle landwirtschaftlichen Tiere gelten.

Unsere Forderung an landwirtschaftliche Tierhaltung heißt, dem Wohl der Tiere gegenüber wirtschaftlichen Interessen Vorrang zu geben und den Bedürfnissen der Tiere stärker gerecht zu werden.

Dazu gehören tiergerechte Haltungsbedingungen mit Bewegungsfreiheit, gutem Stallklima, Luft, Licht, Sauberkeit und Freilauf. Tiere müssen vor Schmerzen, Leiden und Schäden geschützt werden. Tiere müssen so gehalten werden, dass sie keine Verhaltensstörungen entwickeln, gegenseitige Verletzungen verhindert werden und keine Manipulationen erfolgen müssen. Angst und Stress auf langen Tiertransporten dürfen nicht länger zugelassen werden.

Extremer Leistungsdruck in der Produktion führt zu zuchtbedingtem Tierleid. Vollspaltenböden und Kastenstände für Schweine, Anbindehaltung für Rinder, überdimensionale Tierbestände in der Geflügelhaltung gehören abgeschafft.

Wir fordern die Lösung der Zielkonflikte zwischen Tierschutz und Wirtschaftlichkeit sowie zwischen Tierschutz und Umweltschutz durch:

- Dialog mit allen Akteuren, Unterstützung freiwilliger Ansätze
- Konzentration auf den deutschen Markt und Reduzierung des Exports von tierischen Produkten, Verbot von Lebendtiertransporten
- Reduktion von industrieller Tierhaltung mit immensen Tierbeständen
- Schaffung tierfreundlicher und zugleich ökonomischer Rahmenbedingungen
- Verlässliche Planungs- und Investitionssicherheit für Landwirte

Der Verbraucher will sich nicht mehr täuschen lassen. Immer wieder neue Skandale erschüttern das Vertrauen in die Politik! Tier- und umweltverträgliche Landwirtschaft mit guten Arbeitsbedingungen aus der Region für die Region muss möglich sein. Kleine und mittlere Betriebe müssen eine Zukunft haben.

Nutztiere dürfen nicht länger produziert, sie müssen tiergerecht gehalten werden!

Präsidentin: Ilona Wojahn
Vizepräsidenten: Wolfgang Friedl
Tessy Lödermann

Sparkasse Hochfranken
IBAN: DE65 7805 0000 0222 6112 20
BIC: BYLADEM1HOF

Pressemeldung 16. April 2021

zum Aktionstag **Agrarbündnis Bayern 2021**

Bayerische bäuerliche Betriebe leben erfolgreich das Miteinander von Agrarökologie, Tierschutz und Agrarökonomie schon länger vor

Viele bäuerlich geprägte Betriebe in Bayern beweisen tagtäglich ein wirtschaftlich erfolgreiches Zusammenwirken von **Agrarökonomie, Tierschutz und Agrarökologie**. Noch gibt es zahllose Defizite, gesetzliche Schlupflöcher und nicht tragbare permanente Ausnahmeregelungen, die die Gesetze in ihrer konsequenten Umsetzung verhindern.

Wir fordern daher die Politik auf, endlich sichtbar und aktiv zu werden:

- **Gesunde Bestandsgrößen**, die nicht noch weitere industrielle Ausmaße annehmen
- **Qualzuchten und Hochleistungstiere** nicht mehr zuzulassen; Ziel: mehr Zweinutzungsrasen
- Keine **Futtermittelimporte aus Nicht-EU-Staaten**, die verbotene Gifte enthalten und Regenwald weiter zerstören
- **Haltungssysteme und Haltungsmethoden sind den Tieren anzupassen** und nicht umgekehrt, z.B. mehr Aussenklima-Zugang bei Ställen, Stroh als Futter-, Liege- und Beschäftigungsmaterial bei Schweinen, Bademöglichkeit für Wassergeflügel, ...
- Verstärkte Förderung von **mobilen Schlachtkonzepten** und Vereinfachung der veterinärtechnischen Genehmigungen, **mehr regionale Schlachthöfe** fördern
- **Gesetzliche Schlupflöcher** schließen z.B. bei internationalen Tiertransporten, Verstümmelungen durch effektive Zusammenarbeit auf Bundesebene
- **Lange Transporte (> 4h) von nicht abgesetzten Kälbern** verbieten (ungeeignete Transporttechnik)
- Veränderung der **quälerischen industriellen CO₂ Betäubung** durch Beimischung geeigneter Gase (z.B. Argon)
- Schaffung der Stelle einer **Landes-Tierschutzbeauftragten**, derzeit in acht Bundesländern implementiert (Beispiel Hessen seit fast 30 Jahren)
- Die **Empfehlungen der Wissenschaft** wie Borchert-Kommission und Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung **sofort zeitnah umzusetzen** und nicht zu zerreden

Bauern, die bei uns in der Genussgemeinschaft Fördermitglieder sind, müssen nicht ihren Kälber- oder Rindermarkt beispielsweise mehrere tausend Kilometer entfernt in Usbekistan, Algerien oder Marokko suchen. Sie ziehen ihre Tiere verantwortungsvoll selbst auf oder lassen diese in Partnerhöfen aufziehen. Sie gehen mit **intelligenten, fairen und regionalen (Direkt-)Vermarktungskonzepten** voran, zum Teil auch mit dem **Lebensmitteleinzelhandel** oder **Ausserhausverpflegern inkl. Gastronomie** und schaffen damit neue, längerfristige und stabile Wege. Das gilt genauso für die Problematik, die durch den männlichen Nachwuchs (nicht nur im Rinderbereich) entsteht bei Geflügel, Ziegen, Schafen etc. durch ‚Bruder‘-Tierinitiativen. Ein wichtiger und wachsender Teil der Vermarktung sind auch sogenannte **Solidarische Landwirtschaftsmodelle** mit vielen Varianten der Beteiligung und Finanzierung mit langjährigen Partnerschaften und steigender **Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit**.

Ministerpräsident Markus Söder hat Anfang Juli 2020 angekündigt, dass es einen **‚bayerischen Weg‘** geben wird. Wir bitten die bayerische Staatsregierung nachdrücklich noch vor der Bundestagswahl 2021 sichtbar tätig zu werden und diesen Weg endlich glaubhaft zu implementieren.

Stefan Barbarino für die Genussgemeinschaft Städter und Bauern e.V. / mobil: 0176 9912 9812

Schluss mit dem „Weiter so“.

Die übermäßige Nutztierhaltung schadet dem globalen Klima, der Umwelt und verursacht Tierleid. Die Produktion der notwendigen Futtermittel sorgt für brennende Regenwälder und vernichtet die Artenvielfalt unseres Planeten. Der Export von tierischen Billigprodukten zerstört in den Empfängerländern gewachsene Strukturen und vernichtet Existenzen. Die Gesundheit der Menschen ist durch die Folgen des Einsatzes von Antibiotika und der Verbreitung von Viren bedroht.

Die Produktion von Billigfleisch und anderer tierischer Produkte für den Weltmarkt schadet Vielen und nützt nur sehr Wenigen.

Gute Politik zu machen heißt Missstände zu erkennen und diese zu beseitigen. Darauf warten wir schon lange!

Wir hier in Bayern haben sie, zumindest teilweise noch, die blühenden Landschaften und kleinbäuerlichen Strukturen, Betonung auf „noch“. Von der „heilen Welt“, von der Herr Dr. Markus Söder gerne spricht, sind wir weit entfernt. Auch bei uns zwingen Agrarindustrie und Tierfabriken immer mehr alteingesessene Bauernhöfe zur Aufgabe. Die Politik des „Wachsens oder Weichens“ fordert auch bei uns ihren Tribut. Das Höfesterben setzt sich ungebremst fort.

Wir fordern:

Politischen Willen für Veränderungen! Mut zur Agrarwende!

Geben Sie Landwirt*innen eine Perspektive, der Natur und den Tieren eine Chance.

Ideen und Konzepte gibt es genug.

- *Gehen Sie als Landesregierung mit gutem Beispiel voran, stellen Sie die öffentliche Verpflegung, die Verpflegung in Schulen und Kantinen etc. um auf nachhaltig produzierte, möglichst regionale Lebensmittel*
- *schaffen Sie verlässliche Qualitätssiegel als Vermarktungshilfe für echte Qualität aus Bayern*
- *nutzen Sie alle zur Verfügung stehenden Mittel, den Menschen zu erklären, warum Änderungen so wichtig sind.*
- *Fördern Sie lokale Kreisläufe bei den Futtermitteln. Kein Futtermittel aus Urwaldgebieten in Südamerika.*

Verbraucher*innen sind nicht uneinsichtig und immer nur auf das billigste Produkt aus. Sie möchten verstehen, ernst genommen und nicht betrogen werden.

Machen sie Politik für und mit den Menschen und nicht Politik für Agrar- und Lebensmittelkonzerne.

„Agrarökologie statt Agrarkapitalismus“ – Herr Dr. Söder, wir nehmen Sie beim Wort!

Forderungen des LBV zum Aktionstag Agrarbündis Ergänzung zur gemeinsamen Pressemitteilung

Forderungen des LBV zusammengefasst:

1. Keine Leistungen zu bezahlen, ohne Gegenleistung – Naturschutz- und Umweltleistungen von Landwirten müssen belohnt werden.
2. Pauschale Flächenprämien vollständig in gezielte Anreize und Investitionshilfe umwandeln für den Umbau in eine naturverträgliche und klimaneutrale Landwirtschaft.
3. Umstellung von Betriebs- und Vermarktungskonzepten, das den Lebensmittelproduzenten ein gerechtes Einkommen verschafft.
4. Bewirtschaftungsintensität und Massenproduktion müssen reduziert werden.
5. Verankerung schonender Bewirtschaftungsweisen.
6. 10 % der Betriebsflächen für die Artenvielfalt zur Verfügung stellen.
7. Anstelle von Spezialisierung, Vielfalt und widerstandsfähige System fördern in Anlehnung an natürliche Ökosysteme.
8. Förderung lebendiger, belebter und stark mit Humus angereicherter Böden (CO₂ Senken)
9. Viehbestand der Bewirtschaftungsfläche anpassen, d. h. Viehfutter muss auf den eigenen Flächen gewonnen werden, kein Futterzukauf aus Übersee!
10. Verbesserte Förderung der extensiven Weidetierhalter.
11. Landwirtschaftliche Beratung und Ausbildung differenzieren und an landschaftliche, standörtliche Gegebenheiten und regionale Betriebsstrukturen anpassen.
12. Differenzierte Entwicklung landwirtschaftlicher Technik in Abhängigkeit von Standorten und Ökosystemen.
13. Staatliche Einrichtungen müssen eine Vorreiterrolle spielen und ausschließlich nachhaltig, ökologisch erzeugte Produkte verwenden.
14. Verbraucher müssen stärker für den Kauf von regional, hochwertig erzeugter Lebensmitteln gewonnen werden.



Agrarbündnis Bayern demonstriert vor der Staatskanzlei für eine bessere Agrarpolitik:

Bayern kann mehr

München, 16.04.2021. **Gemeinsam mit Umwelt-, Tierschutz und landwirtschaftlichen Verbänden demonstriert die Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern (LVÖ Bayern) am heutigen Freitag vor der bayerischen Staatskanzlei für eine Agrarpolitik, die Höfe, Umwelt und Tiere besser schützt.**

„Der Freistaat Bayern ist in der Verantwortung, bei agrarpolitischen Verhandlungen auf Bundesebene sein Gewicht in die Waagschale zu werfen und kann auch selbst noch mehr für eine enkeltaugliche Landwirtschaft tun“, stellt Hubert Heigl, erster Vorsitzender der LVÖ Bayern, fest.

Der Ökolandbau bietet vielen bayerischen Betrieben eine gute wirtschaftliche Perspektive, ist Vorbild für artgerechte Tierhaltung, schont Boden, Gewässer und Klima, fördert die Artenvielfalt und produziert hochwertige Lebensmittel. Bio-Verarbeitungsunternehmen setzen auf faire Partnerschaften und schaffen gute Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Immer mehr Menschen sehen diese Vorteile und entscheiden sich beim Einkauf für Bioprodukte. „Die Bayerische Staatsregierung muss sich klar zu Bio als Goldstandard der Landwirtschaft bekennen und alles dafür tun, dass wir das im Bayerischen Naturschutzgesetz verankerte Ausbauziel von 30% Ökolandbau bis 2030 erreichen“, fordert Heigl.

„Rein auf regionale Herkunft zu setzen, führt nicht zu mehr Tierwohl und Umweltschutz“, so Heigl weiter, „neben der Herkunft sind die Qualität und Produktionsweise entscheidend – Bio als umfassendes Konzept setzt hier den Maßstab.“ Diese Erkenntnis muss sich in der Kommunikation der Staatsregierung und in der Politik niederschlagen, sei es bei der Ausgestaltung von Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik oder in den Vorgaben für staatliche Kantinen. Für diese brauchen wir einen vorgegebenen 25%-Mindestanteil für Bio und einen Stufenplan für das Bayerische Biosiegel.

Auf keinen Fall dürfen Bio-Betriebe, die bereits jetzt vorbildlich wirtschaften, durch falsche und kurzsichtige politische Entscheidungen benachteiligt werden. So wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung des notwendigen Umbaus der Tierhaltung kontraproduktiv, weil dadurch der höchste Aufschlag genau auf diejenigen Produkte erhoben würde, die bereits hohe Tierhaltungsstandards umsetzen.

Die Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ Bayern) vertritt als Dachverband der Bio-Verbände Bioland, Naturland, Biokreis und Demeter die Interessen des Ökolandbaus in Bayern. In Bayern wirtschaften aktuell über 11.000 landwirtschaftliche Betriebe auf einer Fläche von gut 380.000 ha nach den Richtlinien für den ökologischen Landbau. Hinzu kommen über 4000 Bio-Betriebe in Verarbeitung und Handel. Mehr Informationen auf www.lvoe.de Belegexemplar erbeten

Pressemitteilung

Kontakt:

NaturFreunde Bayern e.V.
Christine Eben
Stv. Landesvorsitzende
Landesfachbereich
Natur- und Umweltschutz
Tel: 089-782569
E-Mail: christine.eben@naturfreunde-bayern.de

Peter Pölloth
Landesgeschäftsführer
Tel.: 0911 2370513
E-Mail: peter.poelloth@naturfreunde-bayern.de

Die NaturFreunde Landesverband Bayern setzen sich für eine Erhaltung der bäuerlichen Struktur im ländlichen Raum und für eine artgerechte Tierhaltung ein. Ziel ist die Förderung einer ökologischen und sozialen Landwirtschaft und eine Abkehr von der Exportorientierung der Agrarpolitik. Wir fordern politische Rahmenbedingungen, die das Höfesterben beenden und dem Tierwohl dienen, verbindliche Regelungen und deren konsequente Einhaltung sowie entsprechende Kontrollen und Sanktionen.

Als eines der Hauptübel betrachten wir die Exportorientierung, denn die Produktion für den Weltmarkt trägt wesentlich zu einer immer intensiveren Landbewirtschaftung bei, die die biologische Vielfalt bedroht und unsere Gewässer, Böden, Luft und Klima stark belastet sowie das Tierwohl mit Füßen tritt. Sie fördert Zentralisierungstendenzen mit Massentierhaltung in Megaställen und qualvolle Tiertransporte.

Immer wieder erschüttern Berichte über Skandale bei der Nutztierhaltung die Öffentlichkeit, zuletzt besonders bei den Milchviehbetrieben im Allgäu. Aus einer Antwort der Bundesregierung vom 03.7.2018 auf eine Kleine Bundestagsanfrage, ob es genug Kontrolleure gibt, geht hervor, dass Bayern bei der Häufigkeit veterinärmedizinischer Überprüfung der Ställe bundesweit das Schlusslicht war. In Bayern mussten die Betriebe im Durchschnitt nur alle 48,1 Jahre mit einer Überprüfung rechnen. Inzwischen wurde zwar eine neue Dienststelle der Bayerischen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen in Buchloe eingerichtet und es wird ein Lebensmittelüberwachungskonzept bis 2030 entwickelt; es geht aber alles viel zu langsam voran.

Misstände wurden bisher in der Regel nicht von den Behörden, sondern von Umweltaktivisten aufgedeckt, die am Rande der Legalität handelten und sodann die Medien informierten. Maßnahmen der Behörden erfolgten daraufhin häufig sehr zögerlich.

Wir fordern daher:

- **eine zeitnahe personelle und finanzielle Aufstockung bei den Veterinärbehörden**
- **Änderung der Strukturen, die eine allzu große Nähe zwischen den Kontrolleuren und den Nutztierhaltern vermeiden**
- **Schaffung der Stelle eines Landes-Tierschutzbeauftragten**
- **Allgemein: eine Agrarwende, die konsequent die bäuerlichen Betriebe fördert, die im Einklang mit der Natur und Umwelt wirtschaften, um ihnen eine Perspektive für die Zukunft zu geben.**

München, 16.4.2021

Parents for Future München unterstützt auch aus VerbraucherInnen-Sicht ausdrücklich Ziele und Anliegen des „Agrarbündnis Bayern“



Laut letztem IPCC Sonderbericht zu Landnutzung (IPCC 2016) stehen ca. 23% aller Treibhausgasemissionen mit der Art der Landnutzung in Verbindung. Mit Blick auf die Ziele der Klimaschutzbewegung, zu der auch die Parents for Future München gehören, spielen Landschaft, Landwirtschaft und Ernährungsweise für künftige Generationen eine entscheidende Rolle. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Bäuerinnen und Bauern bei der Umsetzung einer klima-, tier- und artenfreundlichen Landwirtschaft hilft, statt sie ihnen zu erschweren oder ganz zu verhindern.

Als VerbraucherInnen möchten wir mit unserer Ernährung nicht weiter zur Gefährdung unseres Klimas beitragen. Deshalb stellen wir uns gegen den Import von Tierfutter aus Südamerika, wo durch die damit in Verbindung stehende Abholzung des Regenwalds sowie durch den weiten Transport die Treibhausgasemissionen ansteigen. Gerade in einer Zeit, in der diese dringend zurückgefahren werden müssten, können wir uns das nicht mehr erlauben. Stattdessen plädieren wir für eine Landwirtschaft, die ihre Futtermittel regional erzeugen kann, weil die Größe ihres Tierbestands dies erlaubt.

Damit in Zusammenhang steht, dass wir als VerbraucherInnen keine tierwohlgefährdende bis tierquälere Praxis unterstützen möchten, wie sie u.a. durch Kostendruck in der Massentierhaltung an der Tagesordnung ist. Umso mehr, als eine solche Tierhaltung trotz Rückgang des Fleischverzehrs in Deutschland massiv Überschüsse für den Export produziert, während die Tierausscheidungen in einem Umfang zurückbleiben, der beim Austrag auf den Feldern zu Überdüngung und überhöhtem Nitrat-Eintrag führt. Deshalb fordern wir die konsequente Unterstützung einer Landwirtschaft, in der dem Tierwohl eine hohe Priorität zukommt, genauso wie der Versorgung der Bevölkerung mit sicheren Lebensmitteln ohne Einsatz von Antibiotika und schädlichen Pestiziden und dem Schutz des Klimas und unserer Gewässer vor den Folgen von Übernutzung und Überdüngung.

Auch wir VerbraucherInnen tragen Verantwortung fürs Klima, in dem wir z.B. unseren Konsum tierischer Nahrungsmittel zugunsten einer stärker pflanzlich basierten Ernährung weiter zurückfahren. Oft wird VerbraucherInnen jedoch vorgeworfen, sich freiwillig und bewusst für den Verzehr von Fleisch aus Massentierhaltung zu entscheiden. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Durch entsprechende Werbung, durch fehlende Kennzeichnungen und vor allem durch dieses Fleisch begünstigende Niedrigpreise haben gerade einkommensschwache Familien nicht wirklich eine Wahl. Der Verzehr von Fleisch oder anderen tierischen Nahrungsmitteln, die unter Bedingungen produziert wurden, die stärker aufs Tierwohl und den Klimaschutz achten, darf nicht nur Menschen mit viel Geld vorbehalten sein. Zumal die Niedrigpreise in der Massentierhaltungsindustrie insofern irreführend sind, als die Folgekosten dieser Praxis für Umwelt und Klima in keinsten Weise eingepreist sind. Und wer profitiert eigentlich von dem System „Billigfleisch“? Wir VerbraucherInnen jedenfalls nicht. Konzerne wie Bayer inkl. Monsanto und Lebensmittelproduzenten wie Nestlé (war da nicht was?) machen damit Milliarden-Gewinne. Kann es sein, dass die wieder einmal sprichwörtliche Nähe gewisser Parteien zur Wirtschaft die Ursache dafür ist, dass sich trotz jahrelang bekannter, massiver Missstände nichts ändert?

Weiterhin spielt der Erhalt unserer schönen Landschaft auch in Bayern eine wichtige Rolle für Erholung und Regeneration der Menschen, jetzt und in Zukunft. Wir wehren uns gegen den zunehmenden Zubau und die Versiegelung landschaftlicher Flächen durch Hallenbauten und ähnliches, wie sie in der industriellen Landwirtschaft zu sehen sind. Der damit einhergehende Verlust von Boden ist nicht nur ein optischer, sondern auch der Verlust von Lebensraum für Pflanzen und Wildtiere (insbesondere Insekten) und stellt damit eine weitere Gefährdung der Artenvielfalt dar. Nicht zuletzt kommt der verlorene Boden nicht mehr als CO₂-Speicher in Frage.

Als Klimaschutzorganisation auf VerbraucherInnen-Seite fordern wir deshalb, die Klima- und Umweltschutzgesetzgebung in der Landwirtschaft zu stärken und diese möglichst schnell in Richtung einer ökologischen, naturnahen, Tierwohl orientierten Landwirtschaft und -nutzung in Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens umzubauen.

Das gelingt nur, wenn die Bäuerinnen und Bauer damit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Auch das muss die Politik sicherstellen. Wir als VerbraucherInnen haben keine einflussreichen Lobbyisten, die dabei mit am Verhandlungstisch säßen und in diese Richtung wirken könnten – aber wir haben ein anderes wichtiges Instrument, nämlich den Wahlzettel. Und der könnte zu einem „Denkzettel“ werden.

Pressekontakt: Dr. Elisabeth Frank, Tel. 0170-3 81 41 91; E-Mail: Muenchen@parentsforfuture.de;
Web: <https://parentsforfuture.de/de/muenchen>